

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 1. Juni 1951.230/A.B.

zu 262/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g.

Die Abg. Dr. P f e i f e r und Genossen haben am 17. Mai l. J.
an den Aussenminister folgende Anfrage gerichtet:

"Hält der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten
nicht eine Verschärfung des Verwaltergesetzes im Wege der ausdehnenden Aus-
legung zu Ungunsten deutscher Staatsbürger für unzweckmässig und gut-
nachbarlichen Beziehungen zu der Deutschen Bundesrepublik abträglich?
Ist der Herr Minister geneigt, für eine Normalisierung der Beziehungen und Be-
seitigung überflüssiger Härten und Ausnahmebestimmungen einzutreten?"

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. G r u b e r
hat hierauf folgende Antwort erteilt:

"Es versteht sich von selbst, dass ich auf die Herstellung und Pflege
guter Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik wie zu allen anderen Nachbar-
staaten Österreichs das grösste Gewicht lege und stets bereit bin, mich für
die Erfüllung dieses Zieles einzusetzen."

Hingegen halte ich mich nicht für berufen, eine kritische Äusserung
zu der Interpretation abzugeben, die österreichische Gerichte den Bestimmungen
eines österreichischen Gesetzes zuteil werden lassen."

-.-.-.-